



www.christiane-staab.de
facebook.com/ChristianeStaab.cdu
instagram.com/christiane_staab

CDU BaWü

Juli 2023

Hochwassergefahr am Leimbach nachhaltig eindämmen

Leimen-St-Ilgen. Auf Initiative der Landtagsabgeordneten Christiane Staab besuchte Regierungspräsidentin Sylvia M. Felder (Regierungsbezirk Karlsruhe) Mitte Juli 2023 den Leimener Ortsteil St. Ilgen, um sich mit Staab und Leimens Oberbürgermeister Hans D. Reinwald über die aktuelle Situation am Leimbach auszutauschen.



Christiane Staab MdL, Regierungspräsidentin Sylvia Felder und Leimens OB Hans Reinwald

Im Vorfeld des Treffens hatten Reinwald und Staab gegenüber dem Regierungspräsidium mehrfach und nachdrücklich auf die Hochwassergefahr am Leimbach hingewiesen. Felder machte deutlich, dass das Regierungspräsidium um die Herausforderungen am Leimbach wisse: "Wir arbeiten intensiv an Lösungen, um die Lage vor Ort für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern." Mit einem ganzen Bündel an Maßnahmen will man nun die Situation in St. Ilgen entschärfen. Hierzu gehört unter anderem die Inbetriebnahme eines Hilfspegels, mit welchem Wasserspiegelschwankungen im Bereich der Regenwassereinleitung bei Nußloch besser festgestellt und so der Zufluss aus dem Leimbach in diesem Bereich automatisiert nahezu auf null gesetzt werden kann. Ferner werden auf einer Länge von 400 Metern Sedimente aus dem Leimbach entnommen. Nach Berechnungen wird dies zu einer Masse von 700 Kubikmetern führen: 500 Kubikmeter Schlamm können ausgebagert und 200 Kubikmeter müssen abgesaugt werden. /mb

Sehr geehrte Damen und Herren,
im Rahmen meines neuen Newsletters (Ausgabe 2 / 2023) möchte ich Sie auszugsweise über meine parlamentarische Arbeit als Ihre Landtagsabgeordnete im Wahlkreis Wiesloch informieren. Ich freue mich auf Ihre Rückmeldungen und Zuschriften.

Die nächste **Bürgersprechstunde** findet am Montag, 11. September statt. Anmeldungen bitte via E-Mail kontakt@christiane-staab.de oder per Telefon 06227 8397683.

Beste Grüße

Christiane Staab

Aus dem Inhalt

- 3,2 Mio. Euro für interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet Heidelberg-Leimen
- Unterwegs mit dem Waldflüsterer in der Schwetzingen Hardt
- Jugendarbeit wird in Mühlhausen und Rauenberg großgeschrieben
- Rückenwind für Glasbrenner Staab im Gespräch mit Dielheims Bürgermeister
- Fotoimpressionen



Heidelberg / Leimen

3,2 Mio. Euro für das interkommunale Gewerbe- und Industriegebiet

Fördermittel für Flächenkauf und Hallensanierung / Heidelberg und Leimen arbeiten an nächsten Schritten zur Weiterentwicklung des Areals

Die Städte Heidelberg und Leimen entwickeln und vermarkten an ihrer Gemarkungsgrenze gemeinsam ein Interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet. Mit 3,2 Millionen Euro hat es jüngst die höchste Fördersumme aller vom Land Baden-Württemberg bezuschussten Projekte im Rahmen der Städtebauförderung erhalten. Der von Heidelberg und Leimen getragene Zweckverband hat am Montag, 17. Juli 2023, bei einem Besuch von Christiane Staab, Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Landtagsausschusses für Landesentwicklung und Wohnen, darüber informiert, wie die Städtebauförderung zur Weiterentwicklung des Areals genutzt werden soll.

Bei dem Termin wurde auch die denkmalgeschützte, ehemalige Eternit-Produktionshalle besichtigt. Mit ihrer Größe von rund 2,5 Hektar – das entspricht annähernd vier Fußballplätzen – ist sie ein eindrucksvolles Zeugnis ehemaliger Industriekultur. Die Sanierung

der Halle bildet – neben dem Ankauf von Grundstücken – eine der zentralen Maßnahmen, für die die Fördergelder aufgewendet werden sollen.



Leuchtturmprojekt im Land

„Wir sind sehr dankbar für diese großzügige Förderung. Sie unterstreicht die Bedeutung, die man auch im Land diesem Projekt entgegenbringt und ist zugleich auch ein Sinnbild für die gute interkommunale Zusammenarbeit zwischen Heidelberg und Leimen. Innerhalb Baden-Württembergs ist das ein Leuchtturmprojekt, das beide Kommunen zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger weiter energisch vorantreiben werden“, sagte Hans D. Reinwald, Oberbürgermeister der Stadt Leimen und Vorsitzender des Zweckverbandes Interkommunales Gewerbegebiet.

Heidelberg's Oberbürgermeister Eckart Würzner, stellvertretender Vorsitzender des Zweckverbandes, ergänzte: „Wir brauchen dringend Entwicklungsflächen für Gewerbe und Industrie. Das Interkommunale Gewerbegebiet mit Leimen bietet uns und den Unternehmen diese wertvolle Perspektive. Das Projekt ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie die Zusammenarbeit zwischen zwei Städten Früchte tragen kann. Die Zuweisung der höchsten Fördersumme in Baden-Württemberg zeigt, dass das Gebiet ein Vorzeigeprojekt mit landesweiter Strahlkraft ist. Mit der Förderung wollen wir strategisch wichtige Grundstücke ankaufen und in die Sanierung der imposanten ehemaligen Eternit-Produktionshalle investieren, die eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung des Areals einnimmt.“

„Wir verfolgen ein klares Ziel: die Weiterentwicklung einer großen, künftig brachliegenden Industrie- fläche zu einem gut erschlossenen und diversifizierten Gewerbe- und Industriegebiet mit Schwerpunktbranchen und einer hohen gewerblichen Arbeitsplatzdichte“, sagte Jürgen Odszuck, Erster Bürgermeister von Heidelberg



und stellvertretender Zweckverbandsvorsitzender: „Für die Beschäftigten wollen wir eine hohe Aufenthaltsqualität schaffen. Mit Mehrfachnutzungen in die Höhe können wir viele Arbeitsplätze ansiedeln und zugleich attraktive Frei- und Grünräume erschließen – dadurch schaffen wir ein Gewerbe- und Industriegebiet, das auf den Klimawandel reagiert und einen aktiven Beitrag zur Resilienz leistet. Das Gebiet soll perspektivisch sowohl CO₂-neutral versorgt werden als auch klimaneutral produzieren.“

Größtes interkommunales Gewerbegebiet in Baden-Württemberg

Christiane Staab, Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Landtagsausschusses für Stadtentwicklung und Wohnen, erklärte: „Mit den Mitteln der Städtebauförderung versuchen wir in Baden-Württemberg, Städte und Gemeinden in ihrer individuellen Entwicklung zu unterstützen. Auf allen Ebenen ist festzustellen, dass Finanzmittel und Personalressourcen und Flächen knapper werden. Dieses interkommunale Gewerbegebiet Heidelberg-Leimen zeigt, wie durch kluge Zusammenarbeit alle drei Problemfelder in eine Chance umgewandelt werden können. Gemeinsam kommt man weiter, indem man die Potenziale beider Städte zusammenspannt

und an guten Lösungen arbeitet. Nicht jeder muss alles neu und alleine machen, sondern bereits bestehende Flächen werden gemeinsam in eine gute Zukunft entwickelt. Dadurch kann neues Gewerbe den Bestand ergänzen, zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen und die Gewerbesteuer als solide Einnahmequelle für Heidelberg und Leimen gesichert werden.“

Ehemalige Produktionshalle: Raum für innovative Konzepte mit kleinen Gewerbeeinheiten

Die ehemalige Eternit-Produktionshalle bildet einen städtebaulichen Identifikationspunkt für das Areal. Zusammen mit dem ebenfalls von Ernst Neufert gebauten Werkstatt- und Sozialgebäude nördlich der Halle können die beiden denkmalgeschützten Gebäude mit ihrem Ambiente einen

Nukleus für einen besonderen, industriell-gewerblich geprägten Raum bilden, der auf das gesamte Gebiet ausstrahlt. Die Produktionshalle kann im Inneren Raum für neue innovative Konzepte mit kleineren vernetzten Gewerbeeinheiten bieten („Haus-in-Haus-Konzept“). Neben den Eternit-Hallen gibt es auf dem Gelände nebenan mehrere Gebäude wie ein ehemaliges Verwaltungsgebäude und ein Schwimmbad, die im Zuge einer Sanierung einer neuen gewerblichen Nutzung zugeführt werden können und weitere räumliche Identifikationspunkte für das Gebiet und deren Transformation bilden sollen.

Der Nukleus mit den Eternit-Hallen liegt an der geplanten neuen Verbindungsstraße von der L 594 quer über das Eternitgelände in westlicher Richtung zur L 600 auf Leimener Gemarkung. HD/mb





Unterwegs mit dem Waldflüsterer in der Schwetzingener Hardt

Im Reilinger Eck: Begehung mit dem nunmehr ehemaligen Revierförster Gunter Glasbrenner

Walldorf. Für die einen ist ein Wald einfach nur ein Gebiet, auf dem viele Bäume stehen, für ihn sind die Wälder sein Zuhause: Fast 50 Jahre war der ehemalige Revierförster Gunter Glasbrenner für Forst BW tätig. Bei einer Waldbegehung in der „Schwetzingener Hardt“, zu welcher die Landtagsabgeordnete Christiane Staab (CDU) und der CDU-Stadtverband Walldorf eingeladen hatten, konnten sich die rund 35 Teilnehmer des Eindrucks nicht erwehren, dass der „Waldflüsterer“ nicht nur jeden Baum oder jede noch so kleine Pflanze beim lateinischen Namen kennt, sondern auch deren jeweiligen Vornamen.

Kompetent, anschaulich und leidenschaftlich führte Glasbrenner zweieinhalb Stunden durch den Bereich „Reilinger Eck“ und informierte zunächst darüber, „dass es ein Riesenkampf war, der insgesamt 14 Jahre gedauert hat, bis das Regierungspräsidium Freiburg am 5. November 2013 die „Verordnung über das Regionale Waldschutzgebiet und den Erho-

lungswald Schwetzingener Hardt“ erlassen habe. Glasbrenner: „Mit einer Fläche von insgesamt 3.125 Hektar ist die Schwetzingener Hardt damit das größte regionale Waldschutzgebiet mit Erholungswald in Baden-Württemberg.“

Dass der Klimawandel, einhergehend mit wenig Niederschlag und großer Hitze, enorme Auswirkungen auf das Waldgebiet hat, konnten die Teilnehmer auf der rund fünf Kilometer langen Begehung selbst in Augenschein nehmen. „Und das Reilinger Eck ist hiervon am stärksten betroffen und geschädigt“, sagte Glasbrenner, der ferner über die vielfältigen Maßnahmen von Forst BW berichtete, um den Wald zu erhalten und mit Blick auf die klimatischen Herausforderungen zukunftsgerichtet aufzustellen.

An einem Stoppunkt wies der Revierförster darauf hin, dass sich mit einem „Kiefernwald der sarmatischen Steppe“ ein außergewöhnlicher Lebensraum im „Reilinger Eck“ befinde. „Kiefernsteppenwälder gibt es in ganz Baden-Württemberg auf 19,2 ha und 7,9 ha davon befinden sich bei uns in Walldorf.“

Nächster Haltepunkt der Begehung war eine amerikanische Roteiche. „Die Roteiche wächst dreibis viermal schneller als unsere deutsche Eiche und kommt kurioserweise mit dem Klimawandel sehr gut zurecht. Jetzt haben wir allerdings ein Problem, denn nach der Schonwaldverordnung dürfen wir hier keine ausländischen Baumarten setzen – und damit auch nicht die Roteiche. Ich halte es für falsch, stur an dieser Verordnung festzuhalten, gerade angesichts der jetzigen Notsituation“, kritisierte Glasbrenner.

Um den geschädigten Kiefernwald mit Eichen anzureichern, setzt der Revierförster auch auf eine „tierische Zusammenarbeit“: „Der Eichelhäher sammelt vor dem Winter fast 5000 Eicheln, von denen er 2000 nicht mehr wiederfindet. Er pflanzt sie, er versteckt sie, sowohl einzeln als auch in Gruppen. Beides kommt uns entgegen.“

Ihren Abschluss fand die interessante Tour in der Waldhütte des Vereins „Wanderfreunde Verkehrsverein Walldorf e. V.“. Gemeinsam mit seinem Helferteam versorgte deren 1. Vorsitzender Hans Bühler die Wandergruppe mit Getränken und heißen Würsten. /mb



Jugendarbeit wird in Mühlhausen und Rauenberg großgeschrieben

Christiane Staab MdL (CDU) im Gespräch mit Jugendlichen und Mitarbeitern des freien und gemeinnützigen Trägers der Kinder- und Jugendhilfe Postillion e.V. sowie den Bürgermeistern Jens Spanberger (Mühlhausen) und Peter Seithel (Rauenberg)

Der Förderung und Begleitung der jungen Generation misst die Gemeinde Mühlhausen einen besonderen Stellenwert zu: Insgesamt drei Jugendzentren gibt es in dem Weindorf, ein attraktives Freizeitgelände nahe dem Gewerbegebiet „Ruhberg“ mit Hütte, Feuerstelle und Tischtennisplatte ist gerade im Werden und ganz aktuell wurden zudem in der Schulstraße 1 weitere attraktive Räumlichkeiten für die Mobile Jugendarbeit bereitgestellt.

„Das hier war eine ehemalige Obdachlosenunterkunft. Innerhalb von drei Monaten wurde hier richtig angepackt, die Räume wurden komplett entkernt und ansprechend hergerichtet, alle Fenster sind neu und die Küche natürlich auch“, berichtete Mühlhausens Bürgermeister Jens Spanberger der Landtagsabgeordneten Christiane Staab (CDU). In Begleitung

der beiden CDU-Gemeinderäte Hans Becker und Marius Brenzinger sowie des CDU-Vorsitzenden Peter Becker besichtigte Staab den neuen Treffpunkt, der auch über einen großen Hof mit Sitzgelegenheit und Fußballkicker verfügt. Im Mittelpunkt des Besuchs der Parlamentarierin stand das Gespräch mit den anwesenden Jugendlichen, die sich über die neuen Räumlichkeiten sehr freuten, und der Dialog mit Stefan Lenz, Friederike Bün und Lukas Staab, alle tätig für den freien und gemeinnützigen Träger der Kinder- und Jugendhilfe Postillion e.V., welche über die Mobile Jugendarbeit (MJA) ihres Vereins informierten.

Im Anschluss war Staab in Rauenberg vor Ort, auch dort verantwortet Postillion e.V. im Auftrag der Stadt die Jugendarbeit. Zentraler und beliebter Treff- wie auch Ausgangspunkt der Mobilen Jugendarbeit sind die Räumlichkeiten im Keller der Mannabergschule. Bürgermeister Peter Seithel, Ortsvorsteherin Katrin Wagner und Hauptamtsleiterin Nina Gellert sowie einige Jugendliche und das Postillion-Team berichteten über vielfältige Angebote und Aktivitäten. Deutlich wurde: Die jungen Leute, die sich hier engagieren, sind fast alle auch anderweitig ehrenamtlich im Einsatz. „Soziales Engagement ist für uns wichtig“, unterstrich ein Jugendlicher. /mb





Rückenwind für Glasbrenner Staab im Gespräch mit Dielheims Bürgermeister

Windkraftanlagen in Dielheim: Bürgermeister Thomas Glasbrenner erneuert Kritik an der Vorgehensweise von Forst BW und erhält Unterstützung durch die Landtagsabgeordnete Christiane Staab (CDU) / Von ForstBW ausgewählte Flächen sind nach der Potentialstudie der Gemeinde Dielheim ungeeignet oder nachrangig geeignet

Dielheim. Nach seinem Interview mit der Rhein-Neckar-Zeitung (24. Juni 2023), in welchem er deutliche Worte bezüglich des Vorgehens von ForstBW hinsichtlich der Ausschreibung von Windkraftanlagen bei Unterhof und Oberhof fand und dies als nicht hinnehmbaren Eingriff in die Planungshoheit seiner Gemeinde kritisierte, erhielt Dielheims Bürgermeister Thomas Glasbrenner zahlreiche Anrufe und Zuschriften, die ihn in seinem Handeln bestärkten.

Auch seitens der CDU-Landtagsabgeordneten Christiane Staab, welche Anfang Juli ein Informationsgespräch mit Glasbrenner im Rathaus führte, gibt es starken Rückenwind für das Dielheimer Gemeindeoberhaupt.

Staab: „Ich kann die Haltung von

ForstBW angesichts der Tatsache, dass die Gemeinde Dielheim eine Potentialanalyse erstellt hat, überhaupt nicht nachvollziehen, warum jetzt diese Eile an den Tag gelegt wird, anstatt gemeinsam mit der Gemeinde und dem Regionalverband zum gewünschten Ziel zu gelangen. Viele Bürgerinnen und Bürger sind mittlerweile für die Nutzung von Windkraft, aber sie möchten zurecht bei diesem Thema mitgenommen werden. Wer nach Berlin schaut, der müsste eigentlich wissen, dass das nicht mit der Brechstange à la Habeck geht. Hier sollte gelten: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit.“

Glasbrenner erneuerte im Gespräch mit Staab seine Kritik an ForstBW und machte deutlich: „Wir sind nicht gegen Windkraft, im Gegenteil: Das Ziel wird doch von allen unterstützt. Und Dielheim zählt zu den Gemeinden, die tatsächlich an einigen Stellen die notwendige Windhöufigkeit hat. Aber es bringt doch nichts, das gegen die Gemeinde und deren Bürgerinnen und Bürger durchzudrücken.“ Der Rathauschef weiter: „Wir haben sieben oder acht Potentialflächen, da muss man schauen, wo das Sinn macht. Wir haben uns im Jahr 2021 im Flä-

chennutzungsplanverfahren dazu entschieden, eine Potentialstudie auszuarbeiten. Das Ganze kam dann ins Wanken durch das Windan-Land-Gesetz, dessen Ziel es ist, den Mangel verfügbarer Fläche für den beschleunigten Ausbau der Windenergie an Land zu beheben. Nach diesem Gesetz greifen Flächennutzungspläne Windkraft nur noch dann, wenn sie vor Ende Februar 2024 in Kraft treten. Für uns war klar: Mit allen Verfahrensschritten, die wir machen müssen, schaffen wir das nicht. Daraufhin entschieden wir, dass wir das Flächennutzungsverfahren erstmal ruhen lassen, aber mit der Potentialstudie weitermachen, denn die braucht man ja trotzdem, um auch mit den Bürgerinnen und Bürgern in den Dialog zu gehen und im Gemeinderat die entsprechenden Entscheidungen treffen zu können.“

Im Mai sei die Studie verfügbar gewesen, aber ForstBW habe diesen Zeitpunkt dann offenbar doch nicht abwarten wollen. Was jedoch definitiv besser gewesen wäre, denn ausgerechnet die Flächen, die ForstBW ins Auge gefasst hat, sind entweder ungeeignet oder nachrangig geeignet. /mb

Fotoimpressionen

Für Sie im Wahlkreis und in Stuttgart im Einsatz



Mit Moritz Oppelt MdB bei Betty Barclay in Nußloch



Besuch der Spiess Elektro Markt GmbH in Rauenberg



Rede im Landtag am 19. Juli zum Thema Polizei



Landtagsfahrt am 20. Juli



Besuch des „AWO-Lädle“ in Sandhausen



Auch als Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Walldorf aktiv



Bundesweiter Apotheken-Protesttag am 14. Juni (Walldorf)

Impressum

V.i.S.d.P.: Christiane Staab, Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg.

Anschrift: Heidelberger Str. 70a, 69190 Walldorf.

Telefon: 06227 8397683.

E-Mail: kontakt@christiane-staab.de

www.christiane-staab.de

Redaktion und Layout: Matthias Busse.

Texte: Matthias Busse (mb) und Stadt Heidelberg (js).

Fotos: M. Busse (13), C. Staab (1), H. Pfeifer (1) und

J. Winterlin (1). Windkraftanlage: Adobe Stock Lizenz.